



## Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger!

Nachfolgend möchten wir Ihnen - getreu unserem Motto - Informationen über aktuelle Themen der Ratsarbeit und unsere Meinung dazu geben.



### In Hilgen hat sich ´was getan!

Die vom Landesbetrieb Straßen NRW initiierte Erneuerung der B 51 in Hilgen ist inzwischen fast abgeschlossen. Der Geh- und Radweg sorgt für mehr Sicherheit. Das Straßenbild insgesamt - vor allem nach der Bepflanzung im Frühjahr - macht den

Aufenthalt und hoffentlich auch das Einkaufen attraktiver. Dazu hat wesentlich die Anwohnerinitiative mit Ideen und tatkräftiger Mitwirkung einschließlich der Wiedererrichtung des alten Brunnens beigetragen. Leider konnten trotz unserer frühzeitigen Bemühungen nicht mehr Parkplätze angelegt werden. Durch

#### Inhalt:

- **Brücke Ösingh. Str.**
- **Gewerbegebiet Ziegelei**
- **Bebauungsplan Thiel**
- **Schonung landwirtschaftlicher Flächen**
- **Eifgenbachwehr**
- **Alleenradweg**
- **Leitbild 2025**

den Verzicht auf Haltebuchten für die Linienbusse sind dann noch einige zusätzliche Parkmöglichkeiten entstanden. Die künftige Führung der Buslinien und die Pläne für das frühere Bahnhofsgelände und den Raiffeisenplatz werden ständig geändert und sind deshalb ziemlich unklar.

### Eine vernünftige Lösung

Die einspurige Brücke über die ehemalige Bahntrasse bei Kotten im Zuge der Ösinghausener Straße ist für Fahrzeuge über 2,5 t und damit für die Feuerwehr seit einiger Zeit wegen „Altersschwäche“ gesperrt.

Ziel der FDP war **eine umfassende Lösung**. Der jetzt vorgesehene Damm liegt westlich der bestehenden Brücke - die von uns angeregte gerade Führung der Straße war wegen der Höhendifferenz im



Bereich der früheren Bahntrasse nicht möglich. Die Planung wird den Anforderungen der Rettungsfahrzeuge, der Bewohner in Ösinghausen sowie der Sicherheit der Fußgänger gerecht. Diese Lösung kann aber auch den Verkehr des künftigen Gewerbegebietes westlich der Straße und südlich der A 1 aufnehmen. Die Nutzer des Alleinradweges können den Damm bequem durch eine breite Tunnelröhre unterqueren. Die Kosten belaufen sich auf 336.000 €, von denen die Stadt 139.000 € tragen muß.

### **Ein Gewerbegebiet östlich der Ziegelei?**

Der Rat der Stadt Wermelskirchen hat am 23.6.2008 beschlossen, einen Bebauungsplan für den Bereich der ehemaligen Hilgener Ziegelei mit einer Erweiterung bis nahe an die Bechhausener Straße aufzustellen. Ziel ist ein Gewerbegebiet. Im übergeordneten Landesentwicklungsplan (LEP) sind für diesen Bereich **keine Gewerbeflächen** vorgesehen. Wir können uns nicht vorstellen, dass die Bezirksregierung eine „landesplanerische Anpassung“ genehmigt. Ein Stadtplaner, der die Gemeindegrenzen nicht kennt, würde nie und

nimmer auf die Idee kommen, für den Siedlungsschwerpunkt Hilgen an dieser Stelle ein Gewerbegebiet zu vorzusehen. Auf 3 Seiten der vorgeschlagenen Gewerbefläche befindet sich Wohnbebauung (Altenhilgen, Hilgen und Bechhausen) und auf der 4. Seite liegt ein großes Naturschutzgebiet. Heutige Stadtentwicklung strebt an, **Gemeengelagen** (Mischung von Wohn- und Gewerbegebieten) aufzulösen und nicht neue zu schaffen. Die aus dem Jahre 1363 stammende Gemeindegrenze darf nicht eine natürliche Entwicklung von Hilgen gefährden. Diese Grenze zwischen den früheren Ämtern Miselohe und Bornefeld ist lediglich historisch. Die FDP lehnt ein Gewerbegebiet ab. Wir unterstützen einen Bebauungsplan mit einer Zielsetzung, die Entwicklungschancen für Wermelskirchen und Burscheid bietet, wenn beide Kommunen konstruktiv zusammenarbeiten.



### **Bebauungsplan Thiel-Gelände: Zentrales Wohnen fast im Grünen**

Die FDP hatte sich bei den Beratungen zum Flächennutzungsplan von dem Grundsatz leiten lassen, **keine neuen Wohngebiete im Außenbereich** vorzusehen, sondern dort, wo Infrastruktureinrichtungen und der öffentliche Nahverkehr gut erreichbar sind. Der Rat ist unserem Antrag gefolgt, die

historisch entstandene Gemengelage in Hilgen aufzuheben und die Gewerbefläche „Ehem. Thiel“ in Wohnfläche umzuwandeln. Die gegenseitigen Störungen und Einschränkungen hätten sich bei einer Ansiedlung der Firma Lückenhaus noch verstärkt. So kam es zur Aufstellung des Bebauungsplanes und jetzt zur 2. Phase der Bürgerbeteiligung, nämlich der öffentlichen Auslegung für Anregungen und Bedenken sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange. Ein Gutachten hat bereits bestätigt, dass sich die Geruchs- und Geräuschbelastungen innerhalb der Grenzen der Richtlinien bewegen. Dennoch bleibt festzustellen, dass das subjektive Empfinden künftiger Bewohner gerade der 5 nordöstlich gelegenen Häuser zeitweilig beeinträchtigt werden kann. Eine Verschiebung dieser Häusergruppe nach Südosten scheidet an der dort verlaufenden Grenze zur Wasserschutzzone. Die Erschließung des Gebietes von Westen aus ist eine Forderung der Straßenverkehrsbehörde. Die Talstraße ist zu schmal, eine Einmündung im südlichen Teil der Witzheldener Straße wegen des Kurvenverlaufes nicht verkehrverträglich und nur bei Hüringhausen genügend Platz für eine Linksabbiegerspur. In dem Baugebiet sollen knapp 100 Wohneinheiten (diverse Wohnformen) entstehen.



für die Versiegelung nicht durch die Umnutzung landwirtschaftlicher Flächen verwirklicht wird. Statt einer Streuobstwiese wird nun eine Weidefläche ausgewiesen. Ein besonderes Gewicht bekommt der Erhalt der Weidenutzung auf dieser Fläche durch die Tatsache, dass der bisherige Nutzer, der benachbarte landwirtschaftliche Betrieb, Weideflächen im Nahbereich an die Wohnbebauung verliert. Auf allen Ebenen **wird heute** von der Politik **gefordert, den Verbrauch an landwirtschaftlichen Flächen möglichst gering zu halten**, um extensive Landwirtschaft zu fördern, die betriebswirtschaftliche Situation der landwirtschaftlichen Betriebe nicht zu schwächen und dem weltweiten Nahrungsmittelmangel keinen Vorschub zu leisten. Die Kompensation kann über das Öko-Konto des Kreises, das die FDP schon früher angeregt hatte, verwirklicht werden. Mit dem Entgelt für die Öko-Punkte können dort Waldflächen und Talauen aufgewertet werden **ohne landwirtschaftliche Flächen in Anspruch zu nehmen**.

**Der Streit um den Erhalt des Eifgenbachtalsperren-Wehres**

### Die Schonung landwirtschaftlicher Flächen

Der Rat ist dem Antrag der FDP gefolgt, dass für das Thiel-Gelände der Ausgleich

Für die Verbreiterung der A 1 zwischen Wermelskirchen und Remscheid soll der ökologische Ausgleich durch die Schaffung der Fischdurchgängigkeit des Eifgenbaches

erreicht werden. Dazu war vorgesehen, das Wehr abzurechen und nur Teile des Dam-



mes stehen zu lassen. Das Wehr ist 102 Jahre alt und die einzige noch erhaltene kommunale Trinkwassertalsperre im Rheinland. Das Rhein. Amt für Bodendenkmalpflege hat diesen Eingriff zunächst übersehen und Verwaltung und Ratsfraktionen haben die Tragweite dieses Planes nicht erkannt. Der Hinweis von M Link vom Verein Landschaft und Geschichte e.V. und des Biologen Dr. R-D Bergle hat dann die FDP-Fraktion veranlasst, beim Landesinnenminister auf die weiteren Risiken (Eingriff in das Feuchtbiotop und Verschlammung

des Eifgenbaches) hinzuweisen und auf eine Änderung zu drängen. Inzwischen wird „nur noch“ an einem Abtragen von Teilen des Überlaufs gearbeitet.

### **Der Alleenradweg – eine Priorität?**

Bund und Land wollen stillgelegte Bahntrassen zu Alleenradwegen umgestalten und fördern dieses Vorhaben finanziell. **Die FDP hat sich stets für den Erhalt der ehemaligen Bahntrasse „Balkanexpress“ eingesetzt.** Die Trasse muß wegen ihrer Stetigkeit langfristig für verkehrliche Nutzungen von jeder Bebauung freigehalten werden. Auf Burscheider Gebiet kostet der Radwegausbau einschl. Grunderwerb 1.400.000 €, die Stadt muß 350.000 € davon tragen. Radwege sind eine schöne Sache. Wir halten sie aber nicht für eine vordringliche gesellschaftliche Aufgabe und vor allem nicht für eine Priorität der finanzschwachen Stadt. Dennoch unterstützen wir das Projekt, weil **die Kosten für den Grunderwerb außerhalb dieses Programms wesentlich höher** wären als die jetzige Selbstbeteiligung.

Die FDP-Fraktion hat beantragt: **Die Stadt entwickelt ein Leitbild „BURSCHEID 2025“**

**BEGRÜNDUNG:** Die Prognose zur demografischen Entwicklung erfordert die Einleitung von Änderungen auf vielen Politikfeldern. Mehr ältere und weniger junge Menschen bedeuten andere Wohnbedürfnisse und andere Ansprüche in den Bereichen Ausbildung, Soziales, Sport und Kultur.

Das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) bedarf eines übergeordneten Leitbildes – die Vielzahl von Einzelzielen muß sich diesem Leitbild unterordnen und ihm dienen. Das große Haushaltsdefizit muß durch langfristig angelegte Maßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite verringert werden.

Globale Veränderungen (Klimaerwärmung, Nahrungsmittelmangel, Rohstoffbegrenztheit) müssen sich letztlich auch in kommunalem Planen und Handeln widerspiegeln (Lokale Agenda).